

Die Ratsfraktionen nehmen zu dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 und dem Haushaltssicherungskonzept Stellung.

Ratsherr Wilcke, CDU-Fraktion, macht in seiner Haushaltsrede die Sicht der CDU deutlich. Er führt aus, dass bis 2021 der jährlichen Haushaltsausgleich zur Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Haushaltswirtschaft wiederhergestellt werden muss. Lag der Differenzbetrag im Haushalt 2015 noch bei 8,2 Mio. €, ergab der Jahresabschluss ein Defizit von 3,7 Mio. €. Hier wird einem ausgeglichenen Haushalt deutlich entgegenkommen. Nach jetziger Planung wird das Haushaltsjahr 2021 mit dem ersten positiven Planungsansatz in Höhe von 750.000 € gerechnet.

Er geht kurz auf eine gute und gesunde Haushaltsführung ein. In 2018 wurde ein Jahresüberschuss erzielt, mit dem Eigenkapital aufgebaut wurde. Wichtig ist ihm aber auch, der zügige Abbau der Liquiditätskredite, um mögliche Belastungen nicht auf die nachfolgende Generation zu verschieben.

Ein großes Thema sind die freiwilligen Leistungen. Die Haushaltssicherung lässt zu wenig Raum für freiwillige Leistungen.

Die Haushaltssituation bleibt besorgniserregend und maßgeblich beeinflusst durch die fortgesetzte Finanzkrise auf der Landesebene. Die Umsetzung zahlreicher Gesetze zu Lasten der Kommunen ohne Hinterlegung der Kosten durch das Land bedeutet eine stetige Erhöhung des Finanzbedarfes. Der Wolbersacker wird langfristig zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Allerdings hängt die Konsolidierung auch von der zukünftigen Zins- und Konjunktorentwicklung ab. Auch gilt es, Kredite zurückzuführen und Verbindlichkeiten zu vermeiden.

Die Konsolidierung des Haushaltes wird mit der 6. Forstschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2021 zur Herkulesaufgabe werden. Hier spricht Ratsherr Wilcke z.B. den Ausbau der Gesamtschule, Monte Mare, die Digitalisierung der Verwaltung und das Sportstättenentwicklungskonzept an.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept in der nun vorliegenden Fassung zustimmen.

Ratsherr Danz kommentiert den Haushalt aus Sicht der SPD-Fraktion und begründet die nachgereichten Begleitanträge:

- Resolution der Stadt Rheinbach zur auskömmlichen Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung
- Verbesserung der Fahrradinfrastruktur
- Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule
- Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum
- Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung

Außerdem beantragt er mündlich zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum einen Betrag von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Ratsherr Logemann führt ebenfalls zum Haushaltsentwurf aus und nimmt kurz zu den Begleitanträgen Stellung.

In jedem Jahr wird bei den Haushaltsberatungen eine Positionsfeststellung gemacht und die Strecke bis zum Haushaltsausgleich ist mit nur noch einem verbleibenden Jahr relativ gut absehbar. Wichtige Investitionen müssen dabei weiter möglich sein und notfalls auch mit Fremdmitteln geringfügig finanziert werden. Dies sind im aktuellen Haushalt Maßnahmen für den Hochwasserschutz, weitere Investitionen in unsere Schulen, die Jugend- und Kinderbetreuung, Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen für die Feuerwehr, Kanal- und Straßenbaumaßnahmen.

Er geht kurz auf die Situation der abgelehnten Asylbewerber ein. Er bemängelt, die Stadt Rheinbach mit der Last der sozialen Integration und der dadurch entstehenden Kosten zumindest mit 80 % alleine gelassen wird. Diese enorme und nicht verursachergerechte Mehrbelastung von über 3 Mio. € muss ausgeglichen werden.

Zu einem großen Teil können diese Mehrbedarfe durch gestiegene Steuererwartungen abgedeckt werden. Neben der guten Wirtschaftskraft in Deutschland ist dafür natürlich auch die solide und vorausschauende Ansiedlungspolitik in Rheinbach verantwortlich. Hier spricht er das Projekt Wolbersacker an. Neben den großen Ansiedlungen sollen auch mittelständische Unternehmen angesiedelt und einheimischen Unternehmen Expansionsfläche geboten werden. Das führt zu Steuermehreinnahmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Er appelliert an alle nach der Wahl vertretenen und an der Zukunftsgestaltung interessierenden Fraktionen einen Entschuldungs- und Investitionsplan aufzustellen, in dem nicht nur eine Entschuldungsrate für die nächsten 10 Jahre festgelegt wird, sondern auch, wie die bestehenden Schulden zurückgezahlt werden sollen, insbesondere zu den die Investitionsvorhaben.

Die FDP-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung 2020 mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzept 2021 zu.

Ratsherr Huth begründet die Auffassung der UWG wie folgt: Ansatz und Realität lagen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 um viele Millionen Euro auseinander. Für das Haushaltsjahr 2019 liegt das Defizit bei 8,9 Mio. €. Da aber das Ergebnis noch nicht vorliegt, wird hier auch von einem geringeren Defizit ausgegangen. Weiterhin geht die UWG, dank der übervorsichtigen Planung des Kämmerers davon aus, dass die Abschlüsse wieder um viele Millionen besser liegen werden. Für das Haushaltsjahr 2021 ist ein Plus von ca. 800.000 € geplant. Dass entspricht in etwa der Summe der Steuererhöhung, die 2021 durch die Erhöhung der Grundsteuer B erreicht werde. Diese Erhöhung sei daher unnötig. Die Schuldentilgung dürfe nicht über Steuererhöhungen finanziert werden. Deshalb lehnt die UWG die geplante Erhöhung der Grundsteuer B ab und stimmt dem Buchstaben b) des Beschlussvorschlages nicht zu. Dem Haushalt 2020 könnte die UWG zustimmen, wenn darin nicht die Zustimmung zum Haushaltssicherungskonzept und damit die Steuererhöhung enthalten wäre. Somit werde dem Haushalt von Seiten der UWG-Fraktion nicht zugestimmt.

Ratsherr Schiebener – Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - berichtet, dass der Schuldenberg kontinuierlich und zielstrebig abgebaut werden müsse. Das sei die erste Pflicht einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Haushaltsführung, auch für die zukünftigen Generationen. Durch den Klimawandel würden noch weitere Kosten entstehen, die noch nicht im Haushalt veranschlagt seien. Da im Vorfeld der Ratssitzung keine fraktionsübergreifende Beratung des Haushaltes in der Arbeitsgemeinschaft Stadtfinanzen möglich war, werde die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in diesem Jahr dem Haushalt nicht zustimmen.

Bürgermeister Raetz geht kurz auf die einzelnen Haushaltsreden der Fraktionen ein und gibt seine Einschätzung zu den Begleitanträgen der SPD:

- Er schlägt vor bei den Begleitanträgen zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur und bei der Steigerung der Aufenthaltsqualität statt einem Sperrvermerk eine Zweckbindung von 8 % bzw. 5 % zu beschließen, damit die Verwaltung schneller reagieren kann.
- Zum Begleitantrag zur Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung und Gründung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) könne die Gegenfinanzierung nicht aus der Zweckverbandsumlage erfolgen, da die Stadt dazu rechtlich verpflichtet ist. Außerdem könnte es sein, dass die Gründung einer ISG bei den Anwohnerinnen und Anwohnern kritisch gesehen wird.
- Zur Planung der neuen Sporthalle wird schon im Mai das Sportstättenentwicklungskonzept vorgelegt. Hier habe es eine Bestandsaufnahme und eine Analyse gegeben. Die Ergebnisse wurden verwaltungsintern durchgesprochen und in der Tat müssten noch Hallen für den Schulsport geschaffen werden. Das dann die Planungskosten in den Haushalt aufgenommen werden, sollte nach Beschlussfassung im Mai möglich sein. Es besteht auch noch ein Puffer von 800.000 €, die für die Verlagerung der Sozialstation vorgesehen waren und jetzt nicht gebraucht werden.

Im Anschluss lässt er zunächst getrennt über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen. Danach erfolgt die getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.